



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831 - 33  
Fernschreiber 0886890

P/XV/213 - 17. September 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Adenauers "braune Kanönchen" gegen Brandt</u> Ein Mann, der schon vielen Herren diente	101
3 - 4	<u>Revolution in den Dschungeln Asiens</u> Die KP Chinas durchwühlt Hinterindien Von Erwin Erasmus Koch	104
5	<u>Mut zur Kritik beim Deutschen Fernsehen</u> Aber warum kam kein SPD-Agrarpolitiker zu Wort?	47
6	<u>Das Spiel mit dem Feuer</u> Ulbricht Vorschub leisten? - Der "Guardian" und Freiherr von Guttenberg	39

\* \* \*  
\* \*

Adenauers "braune Kanöchen" gegen Brandt

sp - Die Ergebnisse der letzten Repräsentativumfragen einiger Meinungsforschungsinstitute bereiten dem Bundeskanzler und Bundesvorsitzenden der CDU/CSU, Dr. hc. Adenauer, offensichtlich einige Sorgen. Zeigen sie doch, daß die Popularitätskurve des Kandidaten der SPD für das Bundeskanzleramt, des Regierenden Berliner Bürgermeisters Willy Brandt, ständig steigt und die Dr. Adenauers bereits überflügelt hat. Es ist das gute Recht des um seine Wiederwahl besorgten Bundeskanzlers, daß er sich bemüht, sein angeschlagenes Prestige wieder etwas aufzupolieren. Fragwürdig wird sein Vorgehen erst, wenn ihm dazu jedes Werkzeug und alle Mittel recht sind, wenn er andere in die "Dreckklinik" schickt und sie aus dem Etat des Bundeskanzleramtes finanziert, um durch Unterstellungen und Verleumdungen seinen Gegenkandidaten Brandt in Mißkredit zu bringen.

In Köln erscheint seit Jahren ein obskures Blättchen, das sich im Untertitel "Zeitung für nationale und europäische Politik" nennt. Seit einiger Zeit konzentrieren sich seine Bemühungen darauf, Willy Brandt, den in der gesamten Welt bekannten Repräsentanten des freien Berlin, beim deutschen Bürgertum als Mann ohne ausreichende politische Erfahrungen hinzustellen.

Es fühlt sich außerdem benüßigt, "sich mit seiner Vergangenheit zu beschäftigen, um aus ihr ein Lebens- und Charakterbild seiner Persönlichkeit zu gewinnen". Ein löbliches Beginnen, wenn es von echter Wissbegier getragen wäre. Schließlich hat Willy Brandt nichts zu verheimlichen und in dem Buch "Mein Weg nach Berlin" selbst seinen Lebenslauf ausführlich geschildert. Statt aber in dieser Biographie nachzulesen, begnügt sich das Blatt damit, an Brandt "Fragen" zu stellen, die so verleumdend abgefaßt sind, daß man unwillkürlich an die Verleumdungskampagnen der NS-Presse erinnert wird. So lautet z.B. die erste Frage:

"Hat Willy Brandt wie sein Kollege Ilja Ehrenburg als Korrespondent auf kommunistischer Seite am spanischen Bürgerkrieg teilgenommen, und war er dort gar als Soldat oder Führer einer der "Roten Brigaden", wie "Thälmann", Edgar André" und "Tschapajew", eingesetzt?"

In diesem Stil geht es dann fort. Nun ist allgemein bekannt, daß Brandt als Berichterstatter skandinavischer Zeitungen vom Februar bis Juni 1937 in dem von der republikanischen Regierung beherrschter Teil Spaniens war. Brandt ersuchte daher das Kölner Blatt um eine entsprechende Klarstellung, die auch veröffentlicht wurde. Allerdings mit dem Kommentar, daß "Brandt zwar keiner 'Roten Brigade' angehörte, jedoch als Berichterstatter für skandinavische Zeitungen auf der sogenannten republikanischen (roten) Seite tätig war". Damit soll beim Leser - entsprechend der im "Dritten Reich" geltenden Sprachregelung - der Eindruck erweckt werden, als ob die links-liberal-demokratische Regierung Spaniens - gegen die Franco seiner von Hitler und Mussolini unterstützten Militärputsch anzettelte - "rot", also kommunistisch gewesen sei. Ein Blick in das Geschichtsbuch würde den Verfasser des Artikels belehren, daß die aus freien Wahlen hervorgegangene republikanische Regierung Spaniens erst im Verlauf des Bürgerkrieges, als sie praktisch nur noch von der Sowjetunion unterstützt wurde, den Kommunisten Zugeständnisse machen mußte und von ihnen dann unterwandert wurde. Das war aber erst 1938 der Fall, als Brandt schon längst nicht mehr in Spanien war.

Da die gleichen Fragen einen Tag später wörtlich auch in einer anderen Zeitung erschienen, vermutete Willy Brandt in seinen Brief an den Chefredakteur des Blattes, Hugo Wellens, daß dieser "einer gelenkten Kampagne zum Opfer gefallen" sei. Hier irrte allerdings Willy Brandt. Wellens ist nicht unschuldig Opfer sondern Mitakteur dieser Kampagne. Er rühmt sich selbst Freunden gegenüber, vor Erscheinen des Artikels eine längere Audienz bei Dr. Adenauer und anschließend bei Staatssekretär Dr. Globke gehabt zu haben, in der alle Einzelheiten der Kampagne besprochen worden seien.

Wellens ist - zumindest gibt er es vor - an der Vergangenheit Willy Brandts interessiert. Schauen wir uns doch einmal seine eigene Vergangenheit an. Hugo Wellens - Mitglied der NSDAP ab 1930 - war im "Dritten Reich" Oberbannführer der Hitlerjugend. 1936 wurde er Referent im Reichspropagandaministerium. 1944 war er als Ministerialrat mit der Leitung des Reichspropaganda-Amtes in Kauen (heute Kowno) beauftragt. Nach 1945 wurde er im Kreis Biedenkopf (Hessen) Mitglied der Kommunistischen Partei. 1949/50 arbeitete er als Informant für den amerikanischen Nachrichtendienst (CIC). Später ging er zur FDP und wurde auf Empfehlung des heutigen CDU- (früher FDP/FVP/DF) Bundestagsabgeordneten Dr. Ludwig Preiss vom hessischen FDP-Organ "Deutscher Kurier" angestellt.

1954 gab Wellens in Saarbrücken unter dem Pseudonym Wolfgang Hesse die Zeitschrift "Die Brücke" heraus, die "mit Genehmigung der Präsidialabteilung des Ministerpräsidenten" Hoffmann erschien. Nach einer dpa-Meldung wurde sie von der damaligen Saar-Regierung finanziert und setzte sich - entsprechend der separatistischen Bestrebungen dieser Regierung - für eine "Europäisierung" des Saarlandes ein.

1957 wurde Wellens - inzwischen zur DP übergeschwenkt - Chefredakteur der DP-Landeszeitung in Nordrhein-Westfalen, die er im vergangenen Jahr übernahm. Nach seinen eigenen Angaben erhält er laufend Unterstützung des Bundesverteidigungsministeriums, des Bundespresseamtes, der "Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise" und des "Volksbundes für Frieden und Freiheit". Angeblich nimmt die Bundeswehr monatlich 10 000 Exemplare dieses Blattes ab, das vor einem Jahr eine Auflage von 37 000 hatte. Feststeht, daß bei der Verschickung von Freixemplaren sehr großzügig vorgegangen wird.

Hauptaufgabe dieses Blattes ist es zur Zeit, die SPD und ihren Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl 1961 zu diffamieren. Daneben gibt es seiner Sympathie Ausdruck für den SS-General Simon, der kurz vor Kriegsende drei Brettholzer Bürger aufhängen ließ. Besonders ergeben ist das Wellens-Blatt dem Bundeskanzler, dem es bescheinigt: "Seine Entscheidungen haben sich immer als richtig erwiesen ..." (wobei die Frage offenbleibt, ob Wellens dieses Unfehlbarkeitsdogma aus seiner NS-Zeit übernommen hat, als der "Führer" auch "immer recht" hatte, oder ob er dazu aus seiner KP-Zeit her durch den Song "die Partei, die Partei, die Partei hat immer recht ..." inspiriert wurde).

So rundet sich das "Lebens- und Charakterbild" dieses Mannes ab, der Hitler ebenso diente wie der KPD, dem Saar-Separatisten Hoffmann und heute Adenauer.

Ob der Bundeskanzler Adenauer und sein Verteidigungsminister Strauß wissen, was für "braune Propaganda-Kanonen" - oder besser: "Kanönchen" - sie mit Steuergeldern finanzieren? Und wenn sie es wissen, fürchten sie nicht, daß es bei diesem "Schießen gegen Brandt" einmal Rohrkrepiere geben könnte?

## Revolution in den Dschungeln Asiens

Von Erwin Erasmus Koch

Verbände der chinesischen Armee sind nicht allein entlang der MacMahon-Linie, vor den Grenzen der Staaten im südlichen Himalaya, aufmarschiert. Kommunistische Stoßabteilungen bereiten sich auch auf den Einfall in Südostasien vor. Auch Jawaharlal Nehru verbarg seine ernstesten Besorgnisse darüber nicht. Der Südosten Asiens könnte durchaus "heißer" als Südafrika werden. Der nachfolgende Artikel unseres Mitarbeiters Erwin Erasmus Koch macht am Beispiel Laos deutlich, wie sehr Hinterindien einem Pulverfaß gleicht.

D.Red.

Während Nikita Chruschtschow sein Gipfeltreffen der Satelliten des Krenl im exterritorialen Wolkenkratzer-Komplex der Vereinten Nationen inszeniert, bereitet Mao Tse-tung offensichtlich ein Treffen der Führer des asiatischen Kommunismus in Peking vor. Diesen Parole-Empfang soll auch der Fürst Suphano Vong bewohnen, der Führer der Untergrundkämpfer in Laos, der Pathet-Lao-Bewegung. Suphano Vong flüchtete Anfang Juni aus den Gefängnis in Vientiane, der Hauptstadt des "Landes der Millionen Elefanten", das unmittelbar an China grenzt. Kurz danach führte der Hauptmann Kong Le seine Rebellion durch. Der Staatsstreich endete zunächst damit, daß Prinz Suvanna Phuma, bisher Präsident des "Parlaments", ein Kabinett der "strikten Neutralität" aufstellte. Kann es sie jedoch überhaupt in Laos und den anderen Ländern des früheren Indochina geben? Sie sind doch allesamt sozusagen der weiche Unterleib des Kontinents, den China seinem stahlharten Kommunismus unterwerfen will.

### Heraufziehender Sturm

Überdies kam es zu einer weiteren Revolution. Ein General des Königs stellte eine Gegenregierung unter den Prinzen Bu Un auf und beschuldigte Suvanna Phuma kommunistischer Untriebe. Die Aufstände in Laos geben zu denken. Sie sind Zeichen des heraufziehenden Sturmes. Die verhängnisvolle Politik der Vergangenheit, die skrupellose koloniale Ausbeutung der Völkerschaften des Kulturkreises des einstigen Reiches der Mitte, wirft ihre unheimlichen Schatten auf die Zukunft. Laos bildet selbst nur einen entlegenen Zipfel im Süden Chinas, ein "unabhängiges" Königreich im Konglomerat der Staatwesen Hinterindiens. Es verdankte seine Existenz allein der Eifersucht der Mächte. Nach dem Motto: "Wenn ich es nicht haben kann, sollst du es bestimmt nicht besitzen" sind ebenfalls Birma, Thailand, Kambodscha und die beiden Vietnam - im Norden die kommunistische und im Süden die demokratische Republik - entstanden. Auch Indonesien verdankte derselben Maxime schließlich seine politische Freiheit.

Die Entwicklung stagnierte aber keineswegs; sie ging vielmehr im Untergrund des politischen Kampfes weiter, und sie hat noch lange nicht ihr Ende erreicht. Auf der einen Seite ziehen Mao Tse-tung und Tschu En-lai die Fäden, auf der anderen Seite die Staatsmänner der SEATO, des Süd-Ost-Asien-Paktes. - China gab seine Ansprüche nicht preis. Es betrachtete und betrachtet den Südosten des Erdteils als ureigenstes Gebiet. Tatsächlich zählen jene Länder, ehe die Zerstückelung des Reiches der Mitte durch die Kolonialherren begann, zu den Provinzen der "Söhne des Himmels". Anfang des 16. Jahrhunderts ließen sich portugiesische Händler, gewissermaßen auf den Spuren Vasco da Gamas, an den Küsten nieder. Es kam jedoch, von der Anlage einiger Faktoreien abgesehen, zu kei-

ner wesentlichen Entschliebung. Dann trat 1858 Frankreich auf den Plan. Seine Kriegsschiffe bombardierten das Gestade von Tourane, und die Fürsten der Dschungelreiche beugten sich, sofort Kotschinchina, dann Kambodscha, dann Annam und Tongking. Laos, das alte Lana Xang, das "Land der Millionen Elefanten", wurde der letzte Brocken der Beute. Frankreich nahm ihn Siam fort, den späteren "Muang Thai", den "Land der Freiheit", Thailand. Auf diese Weise kam die "Union Indochinoise" zustande, die schließlich - wie der gesamte koloniale Besitz des Westens in Asien - nach den beiden Weltkriegen zerbröckelte.

#### Das Werk Mao Tse-tungs

Mao Tse-tung war unterdessen unermüdlich an Werk. Er organisierte Jahrzehnte vor der Gründung seiner Volksrepublik Tschung-hua Jen-Min Kung Hokwo, gemeinhin Rotchina genannt, die kommunistischen Parteien im Südosten. Vierzig Jahre zuvor hatte Sun Yat-sen die Massen Chinas zur gelben Revolution getrieben. Sie brachte ganz Asien in Wallung. Der schlafende Riese reckte und streckte sich. Dr. Sun, eben jener Sun Yat-sen, hat 1920 vergeblich in Versailles die Siegermächte um eine Aufbauhilfe. Aber sie lehnten seine Bitte ab. Dr. Sun wurde in die offen ausgestreckten Arme der Sowjetunion getrieben. Dadurch konnte sich der Kommunismus in Asien überhaupt erst ausbreiten. Mao Tse-tung war unterdessen der Sprecher der Bauernbewegung in der berühmten und berüchtigten Kuomintang des Revolutionärs Sun Yat-sen geworden. Nebenher entstand die erste KPCh, die Kung Tschan-tang. Ein gewisser Tschu En-lai fungierte als ihr Sekretär. Mao trat der KPCh 1920 bei. Um diese Zeit tauchte ein radikaler Nationalist in Indochina auf, der zunächst keineswegs Kommunist war, Nguyen Ai Quoc. Er nahm später den Namen Ho Tschu Minh an. Die Westmächte zeigten ihm ebenfalls kein Verständnis. Infolgedessen wurde auch Nguyen Ai Quoc Kommunist. Tschu En-lai und Mao Tse-tung übertrugen ihm die Führung der Untergrundbewegung in Indochina. Nguyen, nunmehr Ho Tschu Minh, durchwühlte systematisch Südostasien. England, Frankreich und die USA hatten ihn in kurzsichtiger Verblendung dazu herausgefordert. Der zweite Weltkrieg besiegelte das Ende ihrer Herrschaft im Raum des chinesischen Kulturkreises. Allerdings wurde der schmutzige Krieg in Indochina erst am 21. Juli 1954 zu Genf aktenkundig abgeschlossen. Laos und Kambodscha erhielten den besagten, aus der Eifersucht der Mächte geborenen Status unabhängiger Königreiche. Ungefähr der 17. Grad nördlicher Breite diente zur Demarkationslinie der beiden Vietnam.

Der kommunistische Block hatte währenddessen allmählich feste Gestalt angenommen. England und Amerika richteten nunmehr in Südostasien, dort, wo es infolge alter wirtschaftlicher Abhängigkeiten noch möglich war, die militärischen SEATO-Stützpunkte ein, in Thailand, in Laos, Kambodscha, Süd-Vietnam und Malakka, dazu selbstverständlich auf den Philippinen.

Nach der Rebellion des Hauptmanns Kong Le erfolgte nur die Verlautbarung, daß Laos künftig die Politik der "strikten Neutralität" führen wolle. Sie würde bedingen, daß die Amerikaner abziehen. Aber sie denken natürlich nicht ernstlich daran. Ihr Argument trägt den militärischen Erfordernissen Rechnung: "Laos gehört zu den Ländern, auf die sich die Garantie des Südostasien-Paktes erstreckt". Wie dieser Leitsatz mit dem Prinzip der "Unabhängigkeit" des Königreichs in Einklang zu bringen wäre, steht auf einem anderen Blatt. In der SEATO herrscht daher die Beklemmung verursachende Auffassung, Laos könne Krisenherd "heißer als Afrika" werden. Mao dürfte keine Anstrengung scheuen, um dieser Meinung Gehalt zu geben.

### Mut zur Kritik beim Deutschen Fernsehen

sp. - Seit dem Tage, da Bundeskanzler Dr. Adenauer im Palais Schaumburg der Verfassung der Bundesrepublik durch die Gründung der "Deutschland-Fernseh GmbH." einen Stoss versetzte, ist man bei den Produzenten des ersten Fernsehprogramms, nämlich bei den Länderrundfunkanstalten geneigter, Dokumentarberichte auszustrahlen, die sich kritisch mit Massnahmen der Bundesregierung oder der Bundesministerien auseinandersetzen. Es soll hier jedoch nicht geleugnet werden, dass auch schon vor diesem Verfassungscoup des Kanzlers das Deutsche Fernsehen mutig genug war, hier und da kritische Berichte zu senden. Es sei hier nun an den Dokumentarbericht "Verwirrung im Quadrat" erinnert, der den sogenannten Lückeplan zerpfückte und ihn mit der Wirklichkeit konfrontierte. Bei den Kiatern löste er Beifall, bei der CDU/CSU jedoch wütende Reaktionen aus.

Einige Wochen später gingen Jürgen Neven du Monts objektive Auseinandersetzungen mit der Bundeswehr, ihrer neuen Grusspflicht und der Denkschrift des Führungsstabes der Bundeswehr über den Bildschirm. Der Autor der Sendung befragte dabei u.a. auch die Vertreter der beiden grossen Parteien in der Bundesrepublik. Wiederum einige Wochen später strahlte der SWFfunk Stuttgart eine kritische Stellungnahme zur Agrarpolitik und ihrer Auswirkungen auf den Preis aus. Die beiden Reporter beschäftigten sich mit der Tätigkeit der Einfuhr- und Vorratsstellen, und jeder Fernsehzuschauer, insbesondere die Hausfrauen, wurde darüber unterrichtet, weshalb die Preise verschiedener Grundnahrungsmittel trotz beängstigender Überfülle in den Kühlhäusern unseres Staates nicht gesenkt werden. Die Leiter der verschiedenen Einfuhr- und Vorratsstellen konnten ihre Meinungen darlegen, selbstverständlich auch ein Sprecher des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Leider vermissten wir die Stellungnahme der sozialdemokratischen Agrarpolitiker, die auch während der Sommerpause in Bonn oder am Urlaubsort gerne bereit gewesen wären, die Ansicht der SPD zur Einfuhr- und Vorratspolitik der Bundesregierung zu sagen.

Es ist, wie gesagt, zu begrüßen, dass das Deutsche Fernsehen mehr und mehr den kritischen Dokumentarbericht pflegt. Das zweite Programm wird - das ergibt sich aus seiner Abhängigkeit von der CDU/CSU-Bundesregierung - niemals kritische Stellungnahmen zu politischen Massnahmen des Bundeskanzlers bringen dürfen. Mit der "neuen Welle" des kritischen Dokumentarberichtes erschließt sich das Deutsche Fernsehen ein Gebiet, das es bisher aus vielen Gründen politischer Rücksichtnahme zurückhaltender behandelte. Eine Bundesregierung - auch eine vielleicht sozialdemokratische - unterliegt in einem freien Staat der Kritik. Deshalb kann man den Rundfunkanstalten der Länder, die ja das erste Programm produzieren, nur Mut zusprechen, auf dem jetzt begonnenen Wege weiterzugehen. Auf diese Weise wird jede regierungsamtliche Schönfärberei auf das objektive und wahrheitsgetreue Mass zurückgeführt. Und dabei braucht man doch nicht einmal die parteipolitische Neutralität, die den Rundfunkanstalten ausgegeben ist, zu verletzen.

+ + +

Das Spiel mit dem Feuer

ler - Aufregung und Hysterie sind schlechte Ratgeber. Wer ihnen unterliegt, hat schon halb verloren und seinen Gegnern Vorschub geleistet. Ohne Zweifel ist es Ulbrichts Absicht, durch seine Politik der fortgesetzten Nadelstiche gegen das freie Berlin ein Höchstmaß an Verwirrung und Unsicherheit in Berlin, in der Bundesrepublik und bei ihren Verbündeten auszulösen. Der Mann spielt mit dem Feuer. Er ist bedenkenlos in der Wahl seiner Mittel, und er sieht wohl die Stunde gekommen, fertige Tatsachen zu schaffen. Wird er dabei getrieben, oder ist er selbst der Treibende? Gewiß kann er sich auf einen größeren Spielraum an Karrenfreiheit berufen, aber geht diese so weit, daß sie auch einen Chruschtschow in eine Position drängt, in der ihm die Hände gebunden sind und er seiner Entscheidungsfreiheit beraubt wird? Wenn der sowjetrussische Ministerpräsident wirkliche Verhandlungen und den Frieden erhalten will, wenn er das Forum der Vereinten Nationen nicht zu einem Propagandaschlachtfeld ungeheuren Ausmaßes machen will, dann muß er mit Vorschlägen und Ideen kommen, die von redlicher Absicht getragen sind. Das schließt eine untragbare, für den Westen provozierende Zuspitzung der Lage in Berlin aus.

Das weiß auch Herr Ulbricht. Aber eben dies sucht er zu verhindern. Er möchte in Berlin eine Kongo- und Kuba-Situation schaffen, sich selbst in eine Lage hineinmanövrieren, die es dem Westen ratsam erscheinen lassen soll, mit ihm direkt zu verhandeln, um einen Unruheherd erster Größenordnung in Europa zu beseitigen. Es ist dies eine Spekulation auf eine mögliche Anfälligkeit des Westens. Vielleicht sieht er sich in dieser - irrigen - Spekulation und in seiner Selbsttäuschung ermuntert durch den von britischen "Guardian" veröffentlichten Wahnsinnsvorschlag, das freie Berlin nach den Westen zu verlegen. Die britische Regierung hat diesen Vorschlag sofort energisch zurückgewiesen; er bleibt die Ausgeburt eines Einzelgängers. Man braucht darüber keine Worte zu verlieren.

Ernster sind schon die abseitigen Äußerungen des außenpolitischen Sprechers der CDU, Herrn Freiherr zu Guttenberg, zu nehmen. Guttenberg möchte mit der Faust auf den Tisch schlagen, die Sowjetunion vor einen internationalen Gerichtshof stellen, kurz das tun, worauf Ulbricht wartet: einen innerdeutschen Buschkrieg entfesseln. Das hieße, das Spiel der anderen zu betreiben und die Ebene der Auseinandersetzung zu beziehen, die den wilden Männern von Pankow zustatten käme. Damit wäre Moskau aus seiner Verantwortung für Berlin und Deutschland entlassen. Die Sowjetunion aber darauf festzunageln, muß Sinn und Aufgabe der westlichen Deutschland-Politik bleiben.

+ + +